

Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

20. 11. 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/109 - 19. Mai 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Wie die Karten gemischt werden Vom Dramatischen zum Grotesken - Bericht aus Genf	83
3 - 4	Afrika drängt nach Zusammenschluß Große politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten	64
5	Trotz Familienministerium ... Sind farbige Besatzungskinder schutzlos?	44
6	Wer meistert die Zukunft? Bundewirtschaftsminister Erhard und der 2-Plan der SPD	37

Anhang:

1 - 5	Zwischen Minsk und Irkutsk (III) Sibirien, das Land, das nur an Zukunft denkt Von Albert Exler	250
-------	--	-----

* * *
* *

19. Mai 1959

Wie die Karten gemischt werden

G.M., Genf

Die "Pakete" der "Großen" liegen jetzt auf dem Tisch der Genfer Außenminister-Konferenz. Es wird langsam zur Manie, die Berichterstattung über die Vorgänge in Genf so zu organisieren, daß jede Seite bei der anderen nur das Schlechteste voraussetzt und vor lauter Bemühen um die Erhaltung eines imaginären Prestiges auf die Analyse von Kompromißmöglichkeiten verzichtet.

Das muß einmal gesagt werden, damit etwas Klarheit in die Darstellung des Geschehens kommt.

Bei dem hektischen Tanz um die angeblich bessere Ausgangsposition für sogenannte Geheimgespräche, bei denen doch alles herauskommt - denn irgend jemand begeht doch immer wieder eine Indiskretion -, variiert die Szene oft vom Dramatischen zum Grotesken. Wie das aussieht, dafür ein Beispiel: Vor Pfingsten erklärte der amerikanische Außenminister Herter in wohlgesetzter und von der westlichen Presse mit viel Beifall bedachten Rede, es gäbe nur e i n e deutsche Regierung. Das sei die Regierung der Bundesrepublik, die das Licht der Welt nach freien Wahlen erblickt habe und deshalb für sich in Anspruch nehmen könne, das ganze deutsche Volk zu vertreten. Diese schöne Rede war kaum kalt geworden, da meinten die Russen schon, sie verstünden nicht, warum dann eine Vertretung der DDR-Regierung mit gleichen Rechten wie die Regierung der Bundesrepublik in einem Konferenzsaal säße. Und kopfschüttelnd meinte ein Mann der russischen Delegation, der die Verhältnisse in Bonn wohl am besten von seinen Kollegen kennen dürfte, er verstünde überhaupt nichts mehr und müsse erst einmal seine Gedanken sammeln, um den Irrungen und Wirrungen westlicher Sprecher folgen zu können. Daß Bonn und Pankow mit den "Großen" zusammen in einem Konferenzsaal säßen, sei doch wohl nun eine Tatsache, die man nicht mehr aus der Welt schaffen könne.

Bis zu diesem Punkt könnte man die Geschichte als das übliche Konferenzgeplänkel betrachten. Aber siehe da, am Pfingstmontag hielt Herter eine neue Rede. Sie war genau so schön und wohlgesetzt wie die Rede vor Pfingsten. Nur brachte sie eine Offenbarung, die am späten Montagabend den meisten Konferenzbeobachtern heftige Kopfschmerzen bereitete. Herr Herter hätte nämlich nicht mehr und nicht weniger getan, als die Feststellung getroffen, daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei, und daß hier in Genf n i e m a n d Deutschland vertrete.

Er wollte damit sicher der russischen These begegnen, wonach die Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten das Recht und die Pflicht hätten, einen Friedensvertrag für Deutschland abzuschließen. Die Bemerkung Herters war - für diesen Zweck gedacht - also durchaus logisch. Sie erscheint aber in einem anderen Licht, wenn man die Vor-Pfingstrede analysiert und dabei an das denkt, was Herter von der Rolle der Regierung der Bundesrepublik gesagt hatte.

So merkwürdig werden hier in Genf die Karten gemischt!

Daß sich die Leute aus Pankow im Glanz der nunmehr mit Hilfe der Sowjets errungenen Hoffznigkeit sonnen, ist verständlich. EDR-Außenminister Dr. Bolz fühlt sich in der neuen Rolle wohl; auch seine Begleitmannschaft verliert von Tag zu Tag mehr von den anfänglichen Minderwertigkeitskomplexen, die sich besonders in der ersten Pressekonferenz durch Ruppigkeiten äußerten. Herr Bolz vergleicht die DDR jetzt schon mit China und läßt erkennen, daß die formale Nichtanerkennung der Zone ihn besonders wenig störe, wie Herrn Mao Tse Tung die Nichtanerkennung der Volksrepublik China durch die Amerikaner.

Diese zur Schau getragene Selbstgefälligkeit sollte aber den Westen nicht dazu verführen, auf die Analyse der Bolz-Reden zu verzichten. Am Montag ist das geschehen.

Nachdem die DDR-Delegation in der ersten Konferenzwoche alle Welt hatte wissen lassen, daß sie mit der Delegation der Bundesrepublik nur über die Vorbereitungen für einen Friedensvertrag zu verhandeln gedenke - und nichts anderes (!) -, findet sich in der Montag-Rede von Außenminister Bolz plötzlich folgender Satz: "Sollte der Wunsch bestehen, auch andere Fragen in die Erörterung einzubeziehen, so steht dem nichts im Wege".

Es war zu erfahren, daß zwischen der Delegation der UdSSR und der Delegation der DDR während der Pfingstpause lange Verhandlungen darüber geführt worden sind, ob man mit der Aufnahme dieses Satzes in die Bolz-Rede dem Westen nicht zu sehr verrate, daß man im Grunde genommen zu Verhandlungen bereit sei.

Offenbar hat das bei den westlichen Delegationen niemand begriffen, denn weder die großen Nachrichtenagenturen noch die Rundfunkanstalten der westlichen Länder haben diesen Satz der Bolz-Rede hervorgehoben. Zum Teil haben sie überhaupt nicht veröffentlicht.

Man kann sich fragen, ob so etwas bewußt geschieht oder einfach nur deswegen, weil man sich im Westen nicht vorstellen kann, daß es auch bei den östlichen Verhandlungspartnern Strömungen gibt, die eine größere Flexibilität sowohl in Verhandlungsstil wie auch in der Sache befürworten.

Das sind zwei Episoden der Genfer Außenminister-Konferenz; Die Herter-Reden und das versteckte Verhandlungsangebot des Herrn Bolz an die Bundesregierung. Sie mögen vielleicht nicht wichtig sein, und doch sind sie symptomatisch. Sie zeigen das Auf und Ab bei der Einschätzung der Situation auf beiden Seiten, sie geben sogar Einblick in Gedanken, die sonst nur hinter verschlossenen Türen geäußert werden.

Afrika/drängt nach Zusammenschluß

M. - Sekou Touré und Mr. Nkrumah, die Ministerpräsidenten von Guinea und Ghana, ließen im November vorigen Jahres die Welt wissen, daß sie ihre beiden Staaten zu vereinigen beabsichtigen. Dabei blieb allerdings die Frage unbeantwortet, wie sie sich diese Vereinigung ihrer beiden Länder dachten, von denen eines Mitglied der "Französischen Union", das andere der "Commonwealth" ist und es offensichtlich auch zu bleiben beabsichtigten. Das neuerliche Zusammentreffen der beiden afrikanischen Staatsmänner in Conakry, der Hauptstadt Guineas, endete mit einem neuen Plan, nämlich dem der Föderation aller unabhängigen Staaten Afrikas. Dieser Plan wird in Kürze den Parlamenten von Ghana und Guinea sowie anderer afrikanischer Staaten zur Begutachtung und Verabschiedung unterbreitet werden.

Die Vorschläge, nach denen jeder dieser Föderation angehörenden Staaten seine Eigenständigkeit behalten und nur die Verteidigung gemeinsame Sache wie auch die Wirtschaftspolitik koordiniert werden soll, räumen jedoch keineswegs alle einer derartigen Verbindung entgegenstehender Schwierigkeiten aus dem Weg. Im Gegenteil: Als das schwierigste Problem wird dabei - und besonders in der Wirtschaftspolitik - die sehr unterschiedliche Struktur dieser Staaten hervortreten.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten mögen an zwei der in dieser zukünftigen Föderation sich vereinigende Länder ermessend werden: das vom Diktator Nasser beherrschte Ägypten und das nach Demokratie strebende Ghana, ganz abgesehen von der Südafrikanischen Union, die man sich auf Grund ihrer Rassenpolitik wohl kaum als Mitglied dieser beabsichtigten Föderation denken könnte. Schon jetzt zeichnen sich auch politischen Horizont Afrikas Kämpfe um den Führungsanspruch zwischen Nasser und Nkrumah ab. Außer dieser Realität bliebe noch die Tatsache zu erwähnen, daß zwischen Israel und Ghana starke wirtschaftliche Beziehungen bestehen, die nach der gegenwärtigen Lage keiner der mohammedanisch regierten Staaten Afrikas anzuerkennen, bereit sein würde. Diese Verbindung, die Israel eine starke wirtschaftliche Einflußnahme in Ghana vorbehält, könnte keinesfalls von einem Tag zum anderen gelöst werden.

Wenn auch dieser Föderation zunächst noch entscheidende wirtschaftliche und innerpolitische Hindernisse entgegenstehen, so wird jedoch ihre Idee weiterleben und die Völker Afrikas in ihren Bann halten. Jeder Versuch eines europäischen Staates, einem der afrikanischen Länder seinen Willen aufzuzwingen oder ihm die Unabhängigkeit zu versagen, wird das Solidaritätsgefühl der Afrikaner stärken und den Europäern eine abweisende Front entgegenstellen.

In dem Kommuniqué, das die neuen Pläne der Afrikaner umreißt, heißt es ferner, daß sich die afrikanische Föderation keinem der bestehenden Machtblöcke in der Welt anzuschließen gedenkt; sie werde mit allen Ländern und Mächten zusammenarbeiten, die ihren Interessen und der Befreiung der noch unterdrückten Länder Afrikas dienen. Diese Feststellung des Kommuniqués läßt keinen Zweifel darüber, daß Afrika auch mit dem Ostblock enge Beziehungen anstrebt. Und dieser Hinweis wird zweifellos in Moskau sehr wohl verstanden und mit großzügigen Angeboten von Wirtschaftshilfen und ideeller Unterstützung des afrikanischen Freiheitsstrebens beantwortet werden.

Bei rüchternen Einschätzung dieser sich in Afrika entbahnenden Entwicklung kann nicht übersehen werden, daß die geplante Föderation in der Erkenntnis der Afrikaner wurzelt, daß ihr Lebensstandard noch immer hundertfach unter dem der westlichen Welt liegt und auch die neuen Wirtschaftsangebote des Westens nur darauf hinzielen, dem westlichen Geschäftspartner einen guten Profit zu sichern. Die Möglichkeit, zu einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit im Rahmen der "Commonwealth" und der "Französischen Union" zu gelangen, steht allerdings noch offen.

Sollte aber die Bildung einer Föderation der afrikanischen Staaten letzter Ausweg zu einer Selbstbehauptung bleiben und diese schließlich an den kaum zu überbrückenden Schwierigkeiten scheitern, so würde dem Kommunismus in Afrika Tür und Tor geöffnet.

Trotz Familienministerium ...

W.H. - Bei allenfreundschaftlichen Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Bundesrepublik ist es bis zum heutigen Tag nicht möglich gewesen, ein wahrhaft menschliches Problem zu lösen, unter dem zehntausende uneheliche Kinder von Besatzungssoldaten, darunter allein zehntausend farbige, arg zu leiden haben. Trotz verschiedener Beteuerungen und gelegentlicher Sonntagsreden eines Familienministers, der für solche Aufgaben doch geradezu prädestiniert erscheint, geschieht nichts, gar nichts!

Die Besatzungskinder, hauptsächlich in Süddeutschland anzutreffen, deren amerikanische Väter längst wieder in ihrer Heimat untergetaucht sind und sich nicht mehr blicken lassen, durchleben in diesen Jahren ihre bittere Jugend. Die Mütter leben durchweg von Hilfsarbeiter-Beschäftigungen oder Fürsorgeunterstützungen, mit deren Erträgen sie ihre Söhne oder Töchter durchbringen müssen. Eine Klage auf Unterhalt, die im 20. Jahrhundert von jedem Gericht unterstützt werden sollte, kann nicht angebracht werden, weil es nach amerikanischem Recht nicht möglich ist, die Väter zur Zahlung von Alimenten zu zwingen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat Truppenverträge und viele andere Abkommen mit den USA abgeschlossen, aber zu einem Vertrag zur Unterstützung unschuldiger Kinder dieser Zeit (man spricht von 100.000 unehelichen Besatzungskindern in Westdeutschland) hat es bedauerlicherweise nicht gereicht. Dabei gibt es Beispiele einer Regelung: Zwischen England, wo während des Krieges viele Divisionen der Amerikaner stationiert waren, und den USA gibt es eine entsprechende Abmachung für uneheliche Soldatenkinder.

Unter dem Eindruck, daß Bonn diese Frage auch in naher Zukunft nicht klären wird, hat sich jetzt in München eine Organisation unter dem Zeichen "EPEK" gegründet. Sie macht es sich zur Aufgabe, zunächst einmal alle farbigen Besatzungskinder zu erfassen, um ihre Erziehung und Ausbildung zu fördern. Spenden von privater Seite sollen den Grundstock legen. Sozialpfleger werden nach und nach alle Mütter mit ihren Kindern überprüfen auf den Grad ihrer Hilfsbedürftigkeit. Auch amerikanische Privatleute wollen sich an diesem Werk beteiligen, nachdem sie erleben, daß "von anderer Seite" her nichts geschieht.

Außerhalb dieser Organisation sollen übrigens Rechtsprüfer recherchieren, inwieweit die Bundesrepublik verantwortlich gemacht werden kann für die nicht geleisteten Zahlungen amerikanischer Soldatenväter. Eine Chance wird auch darin erblickt, daß im Rahmen der NATO-Verträge eine Klausel angewandt werden könnte, wonach US-Truppen auf deutschem Boden gelegentlich auch unter deutschem Oberbefehl stehen, was in "Notfällen" die Anwendung deutscher Rechtsmittel ermöglichen müßte.

Wer meistert die Zukunft?

"Bei uns verschliesst sich niemand mehr der Einsicht, dass Hass und Feindschaft schlechte Ratgeber sind, wenn wir gemeinsam die versicherungsvollen Möglichkeiten der Zukunft nutzen und ihre zweifellos grossen Risiken meistern wollen."

Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, in einem Zeitungsinserat.

Bt. Der Plan Z der SPD ("Die Zukunft meistern") ist soeben (beim Dietz-Verlag in Hannover) im Druck erschienen. Stimmen für und gegen den Plan Z werden sicher sorgfältig registriert und zu gegebener Zeit veröffentlicht werden. Eine Stimme aber, die des gegenwärtigen Bundeswirtschaftsministers, soll hier sogleich festgehalten werden. Sie wandte sich keineswegs gegen den Plan Z, dessen vollen Titel man so schön plagieren kann. Auch nicht gegen den Sozialplan der SPD, überhaupt nicht gegen die SPD. Sondern nur dagegen, dass Wissenschaftsförderung ein "blosses Schlagwort" werde. Unsere Hochschulen müssten im wesentlichen ihrem klassischen Bildungsauftrag treu bleiben, meinte Prof. Erhard auf der Jahresversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Es sei ein gefährlicher Irrglaube, zu meinen, die Gesellschaft und ihre Einrichtungen wären rational organisierbar. Er stelle auf diesem Gebiet in Deutschland einen seltsamen Übereifer fest, mit dem "Sozialromantiker oder auch Sozialmechaniker am Werke" seien. Natürlich könne man in der heutigen Gesellschaftsstruktur auf ein "gewisses Mass von Organisation" nicht verzichten, aber "das Bestimmende in unseren Leben ist genau das Gegenteil. Das Bedürfnis des Menschen ist letztlich das, glücklich zu sein."

Selten ist ein krummer Nagel so auf den Kopf getroffen worden. Dass Bildung schon als solche glücklich machen kann, davon hat der Herr Professor offensichtlich noch nichts gespürt. Davon hat er noch nichts gemerkt, dass man heute, anstatt Glück und Gesellschaftsbau in einen Gegensatz zu bringen, so viel bessere gesellschaftliche Organisation wollen muss, wie diese dazu beitragen kann, das Glück zu fördern. Dieser Mann, der die Forderung nach gleichen Chancen für alle Begabten sicherlich für "Sozialromantik" hält und der vielleicht demnächst die Richtlinien der offiziellen westdeutschen Politik bestimmen wird, ist in der Vergangenheit auf dem Wogen der Wirtschaftskonjunktur ganz gut geschwommen - die Zukunft meistern wird er nicht!

+ + +

Zwischen Minsk und Irkutsk (III)

Sibirien, das Land, das nur an Zukunft denkt

Von Albert Exler

In Sibirien, das etwa zwei Drittel der Fläche der Sowjetunion einnimmt, begegneten wir einem faszinierenden Phänomen: dem sibirischen Patriotismus. Von ihm ist das weite Land zwischen Ural und pazifischem Ozean durchdrungen. Die Sibirier betrachten sich als Pioniere und Pioniergeist ist es, der ihr Tun bestimmt. Wir begegneten ihm bei den Ingenieuren und technischen Leitern eines Generatoren produzierenden Großbetriebes in Nowosibirsk, der Hauptstadt Sibiriens, bei den jungen Arbeitern einer Radiofabrik, bei den Wissenschaftlern und ihren Mitarbeitern der Nowosibirischen Universität, bei den Stadtvätern der gleichen Stadt und wohl am ausgeprägtesten bei den Sowjetschessens von Irkutsk, einem bemerkenswerten, von Vitalität und Spannkraft strotzenden Endvierziger. Vom gleichen Holz mögen die amerikanischen Pioniere geschnitzt gewesen sein, als sie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, einem mächtigen Strome gleich, von Osten nach Westen bis zu den Küsten des Pazifik drangen, das Land ihrem Willen unterwerfend. Der Vergleich stimmt freilich nicht ganz. Die Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents durch die Weissen war mit der fast gänzlichen Ausrottung der Ureinwohner verbunden. Die russischen Eroberer dagegen belassen den Ureinwohnern das Leben, liessen sie, bis zur Revolution, bei ihren Bräuchen und Sitten, sie mischten sich nicht in die inneren Angelegenheiten der vielen Calans ein. Die Eroberer traten nicht in grosser Zahl auf, sie begnügten sich mit der politischen Herrschaft, sie stellten die Führungskräfte in der Verwaltung, die bei der Grösse des Landes nicht durchdringend sein konnte; eine Reise von Moskau nach Wladiwostok dauerte, vor dem Bau der Eisenbahnen, über ein Jahr. Der Zar war weit weg...

Eine Geschichte des Terrors

Die Russen des vorigen Jahrhunderts hatten wenig Neigung, nach Sibirien auszuwandern, das Land mit seinen undurchdringlichen Wäldern und mächtigen, viele Monate lang zugefrorenen Strömen und das Fehlen jeder Zivilisation schreckte sie ab. Die Herrscher Russlands taten, was die britischen Könige nach der Entdeckung Australiens auch taten: sie schickten Diebe und Kriminelle hinter die Gebiete des Urals und politische Gegner, deren es ja genug gab. Manch Grosser der russischen Literatur verbrachte in den düsteren Finöden Sibiriens seine bittersten Jahre, die verbannte Elite der revolutionären Bewegungen starb hier eines elenden Todes, und nur wenigen war es beschieden, durch Flucht dieser Hölle zu entkommen. Lenin und Stalin verbrachten einige Jahre als Verbannte in vor jedem Verkehr mit der Aussenwelt abgeschnittenen entlegenen Dörfern. Stalin hinderte dies freilich später nicht daran, die schreckliche Praxis der Zaren fortzusetzen. Hunderttausende enteigneter Kulaken traten zu Beginn der Zwangskollektivierung den Weg in die Tundren und Taigas Sibiriens an, misslieblich gewor-

dene Völkerschaften teilten während des zweiten Weltkrieges das gleiche Los, ungezählte, als Trotzlisten, als Rechts- und Linksabweichler abgestempelte "Staatsfeinde" füllten in den dreissiger Jahren und bis zum Tode Stalins die Zwangsarbeiterlager und auch viele deutsche Kriegsgefangene, wegen nichtiger Vergehen verurteilt, wissen von den Schrecken dieser Lager zu berichten.

War es die im Unterbewussten schlummernde Erinnerung an diese noch nicht lange zurückliegende Zeiten, die viele unserer sibirischen Gesprächspartner - und welch prächtige Menschen waren dabei - immer wieder fragen liess, als wir Kraftwerke, neue Fabriken, moderne Theater, Klubgebäude und neue Strassenzüge besichtigten: habt Ihr Euch so Sibirien vorgestellt? Die Geschichte der Besiedlung Sibiriens durch die Grossrussen und die Geschichte der Anfänge seiner Industrialisierung ist eine Geschichte des Terrors, der Furcht, des eisernen Zwanges, des Blutes und der Tränen. Welch für europäische Ohren unheimlicher Klang besitzen die Namen Workuta, Karaganda, die Goldgräberstädte im äussersten Nordosten des Landes, welcher Schrecken verknüpft sich nicht mit diesen Stätten, an denen Menschenleben nichts galten, wo grausame Arbeitsbedingungen die Arbeitsklaven frühzeitig zu Tode brachten und die Zahl der Bewacher fast ebenso gross sein musste wie die Zahl der Bewachten? Aus vielen Schilderungen entflohenen oder später freigelassener Gefangener und Sträflinge kennen wir dieses Mass an Leiden, das Menschen beschieden war, die sich nicht dagegen wehren konnten.

"Wir haben eine grosse Zukunft"

Heute erinnert sich der Sibirier ungern dieser Seite der Geschichte seines Landes. Für ihn ist sie abgeschlossen. Ein neues Kapitel hat für ihn begonnen. Seine Überschrift lautet: Verwandlung Sibiriens in ein modernes Industrieland. Dazu bringt es alle Voraussetzungen mit. Mit sichtlichem Stolz sagte uns der Rektor der Akademie der Wissenschaften in Nowosibirsk, Gorbetschow: Wir haben eine grosse Zukunft. Sibirien enthält 80 Prozent aller Kohlenvorkommen in der Sowjetunion, 60 Prozent aller Eisenvorkommen, an der Mündung des Jenissei wurden grosse Gasvorkommen entdeckt, viele Gebiete sind überhaupt noch nicht erforscht. Die Erschliessung der neuen Gebiete erfolgt nicht mehr unter Terror und Zwang. Das für die Stalinära so kennzeichnende Arbeitslager-System hat sich überlebt. So waren noch bei Baubeginn (1951) des Kraftwerkes bei Irkutsk politische Häftlinge beschäftigt, das Bauende sieht nun freie Arbeiter. Eine Rückkehr zu den früheren Methoden ist auch kaum denkbar und zwar aus zwei Gründen: Nichts spricht dafür, dass Stalins Machtvollkommenheit von seinem Nachfolger erreicht wird, dazu fehlt ihm ein allmächtiger, die Gesetze übertretender Polizeiapparat. Berijas Terrormaschine liegt entmachtete am Boden, sie wieder aufzurichten, würde innerpolitische Spannungen auslösen, die sich die Führer des Kreml nicht leisten können. Auch ökonomische Gründe sprechen dagegen. Der industrielle Unterbau der Sowjetunion verlangt zu seiner Weiterentwicklung den denkenden, geschulten, von Furcht vor politischer Verhaftung freien Ingenieur, Techniker, Direk-

tor und Facharbeiter. Säuberungsaktionen, wie sie in Zusammenhang mit den Schauprozessen der dreissiger Jahre üblich waren, würden heute den ganzen komplizierten industriellen Apparat zum Stillstand bringen, die Erreichung der Planziele unmöglich machen und ein nicht zu bändigendes Chaos in der Verwaltungsmaschinerie herbeiführen. So sprechen politische und sachliche Überlegungen für eine Kursänderung in der Behandlung von Menschen. Ihr Wert gilt heute mehr als zu Stalins Zeiten. Stalin konnte noch mit Menschen verschwenderisch umgehen, er konnte sie dirigieren, wohin er sie haben wollte, ein Befehl von ihm genügte, ungezählte Tausende von Arbeitern und Kolchos-Bauern von ihren Heimatorten weg in die entlegenen Gebiete Sibiriens zu verfrachten. Die Chruschtschow-Ära muss sich feinerer Methoden bedienen. Die Arbeitgesetze vom Jahre 1940, die den Arbeiter unerbötlich an seinen Betrieb banden, die geringste Verletzung der Arbeitsdisziplin mit harten Strafen belegten, sind aufgehoben. Die Freizügigkeit der Arbeiter wurde vor einigen Jahren wieder hergestellt, er kann den Arbeitsplatz wechseln, so oft und wann er will.

Ein hartes und aufreibendes Leben

In den letzten Jahren strömten hunderttausende von jungen Menschen nach Mittel- und Ostsibirien in die im Aufbau befindlichen Industriegebiete. Inwieweit hier patriotischer Eifer, von einer alle Lebensbereiche durchdringenden Propaganda entflammt, mitspielt, oder einfach der schlichte Wunsch, schneller voranzukommen, ist für einen Kurzbesucher der Sowjetunion schwer festzustellen. Die jungen Pioniere führen ein hartes und aufreibendes Leben, aber es wird auch viel Anreiz geboten. Die Löhne und Gehälter in den Eismeergebieten sollen doppelt und dreifach höher sein, als in der übrigen Sowjetunion. Eine der schlimmsten Schattenseiten der Sowjetwirklichkeit ist die Wohnungsnot. In vielen russischen Grossstädten gibt es noch immer Familien, die mit anderen zusammen ein Zimmer teilen müssen. Welch seelische Belastungen daraus entstehen, - Nervosität, Reizbarkeit, Familienzerfall - haben wir in den unmittelbaren Nachkriegsjahren selbst erfahren. Die Wohnungsnot in den Grossstädten wird trotz aller Anstrengungen noch für viele Jahre bestehen bleiben - in den neuen Industriegebieten Sibiriens jedoch entstehen gleichzeitig mit den Fabriken, Bergwerken und Wasserkraftwerken Siedlungen für die Beschäftigten. Ein junges Ehepaar hat hier mehr Aussicht zu einer Wohnung zu gelangen, als etwa in Moskau, oder Leningrad, obwohl diese Städte an der Spitze der Wohnbautätigkeit stehen.

Im Gebiet von Irkutsk

Der Volkswirtschaftsbezirk Irkutsk umfasst eine Fläche von 782 000 qkm. Er wird von zwei Millionen Menschen bewohnt. Das wird sich schon in naher Zukunft ändern. Die Zuwanderung nimmt schon jetzt ausserordentliche Ausmasse an. Irkutsk hat den Ehrgeiz und die ihn vom Gosplan zugewiesene Bestimmung, das drittgrösste Industriegebiet der Sowjetunion zu werden. Der Sowmarchose (Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates) belegte den künftigen Weg dieses Gebietes mit eindrucksvollen Zahlen. Irkutsk hat die grössten Goldvorkommen in der Sowjet-

union, grosse Eisenerzlager, riesige Vorkommen an hochwertiger Braun- und Steinkohle und Aluminium, ungeheure Waldbestände mit einem jährlichen Holzeinschlag von 13 Millionen Kubikmetern, der nach dem Planziel um das anderthalbfache gesteigert werden soll und in den Wassern des Angara, des einzigen Ausflusses des Baikalsees, eine Energiequelle von 90 Milliarden Kilowatt. Das knapp vor der Fertigstellung stehende Wasserkraftwerk in Irkutsk zählt jetzt schon zu den bedeutendsten der Sowjetunion, aber bald wird es an Bedeutung, Grösse und Leistungsfähigkeit von einem Werk übertroffen sein, das 600 Kilometer nördlich, ebenfalls an der Angara, errichtet wird. Der Bau von Wasserkraftwerken - insgesamt sind neben den beiden teilweise schon in Betrieb gesetzten noch vier kleinere vorgesehen - schafft die Voraussetzung für die Verwandlung dieses Taigagebietes in eine Industrielandschaft.

Uraltes und Hochmodernes

Die Stadt Irkutsk zählt 440 000 Einwohner. Die Begegnung zwischen tiefstem Asien und grossrussischem Kolonisationswillen, zwischen uralten Lebensgewohnheiten und den Erfordernissen der Technik gibt der Stadt - wie übrigens auch Nowosibirsk - ein für uns fremdes und eigenartiges Gepräge. Der Stadtkern hat das Gesicht einer modernen russischen Stadt: einen weiträumigen, von Parkanlagen geschmückten viereckigen Platz umsäumen fünf- bis siebenstöckige Regierungsgebäude, Wohnhäuser, Theater, Kinos, Kulturpaläste und Klubhäuser. Der Platz wird stets gesäubert, kaum findet man weggeworfene Zigarettenstummel oder Papierfetzen, peinlichste Sauberkeit scheint das vorherrschende Gebot zu sein. Kommt man jedoch in die Vororte, die sich weit ins Land erstrecken, so wirken die neuen schmucklosen und gewiss nicht mit westlichem Komfort ausgestatteten Reihenhäuser vor dem Hintergrund von Verfall bedrohter Holzhütten wie Paläste. Ein bedrückendes Gefühl überfällt den westlichen Besucher bei dem Gedanken, dass in diesen alten Häuschen, mit Türen, die nicht schliessen, mit Dächern, durch die der Regen offenen Einlass findet, oft mehrere kinderreiche Familien wohnen. Abseits der gepflasterten Hauptstrassen ist der Weg zum "Wohnhaus" besonders nach Regengüssen eine gewisse mühsame Angelegenheit; Treck und Schlamm verhindern ein schnelles Fortkommen. Die vielen Holzhäuser um das moderne Wasserkraftwerk von Irkutsk kennen keine Kanalisation und das Trinkwasser rüssen die Menschen wie in alten Zeiten aus selbst gebauten Trinkbrunnen schöpfen. Wir sahen Frauen, die mit Eimern Schlinge vor den Brunnen standen und geduldig warteten, bis sie an die Reihe kamen. Aber haben wir Westler et solcher Rückständigkeit Grund, unsere Nase zu rümpfen? In Süditalien und in Spanien, also Ländern mit grosser Vergangenheit und stolz auf ihre europäische Zivilisation, gibt es heute immer noch Menschen, die in Erdhöhlen leben...

Aus dem Boden gestampft

Jenseits des Urals schiessen Städte mit hunderttausenden von Einwohnern aus dem Boden. Noch vor dem kürzlich veröffentlichten Ergebnis der letzten Volkszählung wussten unsere russischen Dolmetscher nicht Bescheid über die Einwohnerzahl der sibirischen Hauptstadt Nowosibirsk, die der breite Ob in zwei Hälften teilt. Die Angaben schwankten zwischen ein bis zwei Millionen. Von Vereitzenden des Stadtsowjets erfuhren wir die richtige Zahl: 650 000.

Die Stadt ist genau 55 Jahre alt, sie entstand mitten aus der Steppe, bedeckt eine Fläche von 522 Quadratkilometern, breitet sich nach allen Seiten aus - da das Land dem Staat gehört, kennen die Städte keine Wachstumsschwierigkeiten, die Architekten haben freie Hand - und besaß vor dem ersten Weltkrieg nur ein einziges dreistöckiges Gebäude. Heute zählt die Stadt 115 Schulen, sechs Theater, neun Musikschulen, beherbergt eine Filiale der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR, an der Hoch- und Technischen Schulen sind 40 000 Studenten immatrikuliert, 100 000 Kinder besuchen die übrigen Schulen und 13 000 Arbeiter beiderlei Geschlechts benutzen zur Weiterbildung die Abendschule. 50 Prozent aller Häuser bestehen aus ärmlichen Holzhütten; in zehn Jahren sollen sie verschwunden sein und an ihrer Stelle moderne Wohnblocks entstehen. Nowosibirsk nimmt in der Größenordnung den siebenten Platz in der Sowjetunion ein, seine Schwerindustrie gliedert sich in Landwirtschaftsmaschinen - und Werkzeugmaschinenbau auf; sein Turbinenwerk stellt die grössten Generatoren in der Sowjetunion her, es hat in dieser Hinsicht Leningrad überrundet. Ausserdem produziert es Diesellocke, elektrische Maschinen aller Art, ganze Produktionsstätten sind voll automatisiert; die Werksleitung besteht aus Männern zwischen 25 und 50 Jahren, im Konstruktionsbüro sind unter der Leitung eines Leningrader Chefingenieurs 100 Ingenieure beschäftigt, deren Durchschnittsalter 25 Jahre nicht übersteigt. Das Werk ist noch nicht vollendet, aber es liefert jetzt schon seine Produkte nach 30 Ländern, von denen China den Löwenanteil abnimmt. Die Werksleitung beklagte den Mangel an Austausch von Betriebserfahrung und technischen Informationen mit Westdeutschland; aber auch ohne technische Hilfe des Westens leisten diese jungen Ingenieure Ausserordentliches. Wie nutzlos hier die immer noch vorhandenen Embargobestimmungen sind, erfuhren wir an einem Beispiel. Zur Ausschöpfung von Goldlagern wurden besondere Maschinen benötigt, die nur die USA liefern konnten. Die USA verweigerten die Lieferung. Glaubten sie, die Russen würden deshalb ihr Gold in der Erde lassen? Sie waren gezwungen, eigene Maschinen zu konstruieren.

Nicht alle Industriebetriebe weisen wie dieses Werk den gleichen Grad an Automation auf. Am gleichen Tage besichtigten wir eine Fabrik, die Teile für Radios herstellt. In hellen freundlichen Räumen sahen wir nett gekleidete Mädchen, wie sie in monotonen ermüdenden Arbeitsvorgängen Einzelteile mit der Hand zusammenfügten. Keine westeuropäische Radifabrik würde vor der Konkurrenz bestehen, liesse sie diese Verschwendung von Arbeitskräften zu. Der Direktor dieser Fabrik versicherte uns allerdings, dass noch in diesem Jahr die meisten Abteilungen der Fabrik auf Vollautomation umgestellt würden.

Stadt der Wissenschaften

30 Kilometer von Nowosibirsk entfernt, am linken Ufer des Ob, ist eine Stadt nur für Wissenschaftler im Werden. Sie umfasst eine Fläche von 1000 Hektar und wird neben Moskau das grösste wissenschaftliche Zentrum in der Sowjetunion sein, mit Zweigstellen in vielen sibirischen Städten. Die Baukosten betragen etwa zwei Milliarden Rubel und geplant ist u.a. die Errichtung von 14 Instituten, darunter eines für Elektrodynamik, Mathematik und Rechenmaschinen, Kernphysik, Wärme-Physik, Automation. 3000 Professoren und Wissenschaftler werden hier mit ihren Studenten ausschliesslich der Erforschung und Erschliessung Sibiriens dienen, sie liefern das wissenschaftlich geschulte Personal für die Leitung von Industriebetrieben, sie stellen die Techniker, Ingenieure und Agronomen. Der Jahreshaushalt dieser im Bau befindlichen Universitätsstadt wurde uns mit 300 Millionen Rubel angegeben, wovon 200 Millionen auf Löhne und Gehälter entfallen und 100 Millionen für die Ausstattung von Laboratorien und zur Finanzierung von Forschungsreisen bereitgestellt sind.

Im Gespräch mit den Doktoren und Professoren klangen starke patriotische Untertöne mit, sie fühlen sich zu Grossen berufen und wissen, dass von ihrer Leistung, von Ergebnis ihrer Forschungen die Gestaltung der sibirischen Zukunft abhängt. Die Mehrzahl des Lehrkörpers besteht aus Grossrussen, aber man sah auch Professoren mit den Burjatenmützen; ihre Väter waren noch nomadisierende Analphabeten. + + +

Schluss folgt